

Vorwurf illegaler Hinrichtungen

Bujumbura. Staatliche Sicherheitsbehörden in Burundi sollen nach Angaben von Bürgerrechtlern in den vergangenen fünf Monaten mehr als 300 ehemalige Freiheitskämpfer und Unterstützer der Opposition hingerichtet haben. Die Menschen seien von Polizisten, Geheimagenten oder von Mitgliedern der Jugendorganisation der Regierungspartei an unbekannte Orte entführt und getötet worden, erklärte die Menschenrechtsorganisation Beobachtungsstelle für Regierungsaktivitäten (OAG) am Dienstag.

(AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/174122.vorwurf-illegaler-hinrichtungen.html>